

„Ein Sparpaket von drei Milliarden spürt man schon“

Die nächste Regierung muss einen Balanceakt schaffen, geht es nach Fiskalratspräsident **Christoph Badelt**. Sie muss das Budgetdefizit senken, aber eine „sofortige, krasse Budgetsanierung“ würde alles noch schlimmer machen.

INTERVIEW: Renate Graber, András Szigetvari

Als der Fiskalrat im April einen Defizitanstieg auf 3,4 Prozent prognostizierte, war das Finanzministerium empört. Jetzt, nach der Wahl, sieht es das Ministerium plötzlich ähnlich. „Langsam kommen die richtigen Zahlen raus“, sagt Fiskalratschef Christoph Badelt. Er glaubt freilich, dass das Defizit noch höher als die vom Ministerium nun eingestanden 3,3 Prozent sein wird. Was nun?

STANDARD: Sind Staatsschulden böse?

Badelt: Kommt auf die Konstellation an. Von ganz, ganz Neoliberalen abgesehen, herrscht die Ansicht, dass man für konjunkturpolitische Zwecke durchaus Schulden machen kann und auch soll, für klassische antizyklische Budgetpolitik. Und auch das Schuldenmachen zur Verhinderung einer sozialen Krise, wie das bei Corona war, ist akzeptabel und notwendig.

STANDARD: Viele sehen das anders.

Badelt: Der Streit der Fachleute dreht sich eher um die Frage, ob man die Schuldenstände auf Dauer beibehalten oder auch noch erhöhen kann, wenn es der Wirtschaft einmal besser geht.

STANDARD: Soll man?

Badelt: Ich sehe das pragmatisch: Politik, die permanent den Schuldenstand erhöht, kann nicht nachhaltig sein, weil man dieses Spiel nicht unendlich lang betreiben kann. Außerdem engt das auch den budgetären Spielraum ein, allein wegen der anfallenden Zinsen. Ich bin aber, auch als Präsident des Fiskalrats, nicht so radikal zu fordern, dass wir bis zu einem Nulldefizit gehen müssen. Aber wir müssen die prognostizierten Budgetdefizite verringern, auch um Spielraum für etwaige künftige Krisen zu haben.

STANDARD: Wifo und IHS haben gerade ihre neue Prognose vorgelegt. Defizit und Schulden steigen weit mehr als gedacht ...

Badelt: ... und dazu kommt, dass wir 2024 in der Rezession bleiben und es auch 2025 nur einen sehr, sehr zaghaften Aufschwung geben wird. Angesichts dessen wäre es sicher nicht klug, sofort eine krasse und undifferenzierte Budgetsanierung zu beginnen, weil es für die Konjunktur schlecht wäre.

STANDARD: Die EU hat ja Österreich bereits mitgeteilt, dass 2,5 Milliarden Euro einzusparen sind, nun ist aber anzunehmen, dass es in Richtung drei Milliarden gehen wird. Sie sagten bisher, man müsse schon 2025 mit der Budgetkonsolidierung beginnen. Soll man nun also noch warten damit?

Badelt: Man muss nächstes Jahr damit beginnen, aber sehr vorsichtig vorgehen. Setzt man zum Beispiel auf eine Reduzierung des Ausgabenwachstums, muss man sehr genau schauen, wie diese Maßnahme konjunkturpolitisch wirken würde.

STANDARD: Was dürfte die nächste Regierung also nicht tun?

Badelt: Sie soll nichts machen, was den allgemeinen Konsum weiter drosselt. Die Regierung müsste bei jeder einzelnen Ausgabe, die in der Vergangenheit einfach fortgeschrieben wurde, prüfen, ob sie wirklich notwendig ist. Das muss politisch entschieden werden.

STANDARD: Welche Ausgaben könnte man reduzieren, ohne die Konjunktur weiter abzuwürgen?

Badelt: Ich persönlich, und da spre-



„Unser Defizit ist so hoch, dass es nicht mehr gesund für uns ist, denn es gibt keinen Spielraum für Krisen“: Christoph Badelt, Chef des Fiskalrats.

che ich nicht als Fiskalratspräsident, glaube, dass man den Klimabonus für ein, zwei Jahre aussetzen könnte. Nicht weil er an sich eine schlechte Maßnahme wäre, sondern weil die Empfänger keinerlei Verbindung zur CO₂-Bepreisung hergestellt haben, die man mit dem Klimabonus ausgleichen will. Aber auch da muss man angesichts der generellen Konsumschwäche vorsichtig sein: Beim Klimabonus geht es um fast zwei Milliarden Euro und es wäre intelligent, einen Weg zu finden, dass Leute mit geringen Einkommen ihn weiterhin bekommen könnten – denn sie stecken auch dieses Geld in den Konsum.

STANDARD: Ein Dilemma?

Badelt: Ja, bei solchen konkurrierenden Zielen muss man einen vernünftigen Mittelweg suchen. Im konkreten Fall könnte man das Budget in den ersten Jahren in kleinen Schritten sanieren und dann zulegen. Denn sonst bekommt man noch ganz ein anderes Problem: Wenn nämlich viele Länder gleichzeitig zu sparen beginnen, droht ein ähnliches Problem wie in der Wirtschaftskrise, als sich Europa in eine Flaute gespart hat. Da muss man sich fragen, ob es nicht einnahmenseitige Maßnahmen braucht. Wir als Fiskalrat sagen das auch: Man kann weder die Ein-

nahmen- noch die Ausgabenseite tabuisieren.

STANDARD: Ketzerisch gefragt: Hat Österreich überhaupt einen Grund zu sparen, nur weil in der EU irgendwann einmal beschlossen wurde, dass das Defizit von Mitgliedsländern nicht mehr als drei Prozent der Wirtschaftsleistung, des BIP, betragen darf?

Badelt: So würde ich das nicht unterschreiben. Unser Defizit ist so hoch, dass es nicht mehr gesund für uns ist, denn es gibt keinen Spielraum für Krisen. Auch wenn es diese EU-Vorgabe nicht gäbe, wäre es klug, das Defizit zu reduzieren.

STANDARD: Aber die drei Prozent hat man sich ja nur ausgeschnapst?

Badelt: Wir wissen alle, dass diese Werte nicht durch sehr sophistizier-

te, wissenschaftliche Studien zustande kamen, sondern durch den Pragmatismus der damals entscheidenden Länder wie Deutschland und Frankreich. Das wurde halt politisch so fixiert.

STANDARD: Für ein Land wie Österreich ist der Schuldenstand weniger relevant als die Zinszahlungen. Da stehen wir heute besser da als früher.

Badelt: Man muss aber beachten, dass Zinsen nicht nur den Handlungsspielraum eines Staates eingrenzen, sondern, dass es auch um das Rating eines Landes und sein Zinsniveau geht. Signalisiert ein Staat, dass ihm seine Verschuldung mehr oder weniger egal ist, kommt er auf den Kapitalmärkten in eine ungünstigere Situation, muss also höhere Zinsen zahlen. Das kostet. Und wo soll es enden, wenn die Schuldenquote Jahr für Jahr steigt?

STANDARD: In den USA liegt das Defizit heuer bei sieben Prozent, die Staatsschuldenquote bei mehr als 120 Prozent der Wirtschaftsleistung. Und die US-Wirtschaft brummt. Warum soll das in Europa nicht funktionieren?

Badelt: Europas Wirtschaft funktioniert anders als die der USA, die EU ist mehr von ihrer Außenwirtschaft abhängig. Den USA ist ihr Rating nicht sehr wichtig, sie können sich das machtpolitisch leisten. Aber ich

gebe schon zu: Die gesamte EU-Finanzpolitik ist stark geprägt von Menschen, die eine skeptischere Einstellung gegenüber dem Staat haben, als das in anderen Regionen der Fall ist.

STANDARD: Sind die drei Prozent in Stein gemeißelt, oder könnte man nicht höhere Defizitobergrenzen einziehen?

Badelt: Auch heute noch besteht die EU aus Staaten mit sehr unterschiedlicher Wirtschaftsleistung. Natürlich sind es die reicheren Länder wie Deutschland, die gegen eine zu liberale Schuldenpolitik plädieren, weil sie Angst haben, notfalls für die weniger reichen Länder zahlen zu müssen, um die gemeinsame Währung zu retten. Erinnern Sie sich nur an Griechenland.

STANDARD: Die Deutschen haben allerdings so gespart, dass jetzt nicht einmal mehr ihre Bahn fährt ...

Badelt: Bei der Finanzierung öffentlicher Investitionen hat man auch in Deutschland an der falschen Stelle gespart. Es gibt jede Menge Bereiche, bei denen öffentliche Investitionen sinnvoll sind, und das gilt auch für Österreich. Beim Anteil der Staatsausgaben, die für Investitionen verwendet werden, steht Österreich allerdings relativ schwach da.

STANDARD: Jetzt kommen Sie sicher gleich zu den typischen Forderungen: Österreich müsse bei der Verwaltung sparen, etwa beim Föderalismus...

Badelt: Ja, denn Faktum ist doch, dass es da an Transparenz fehlt. Bei Förderungen etwa gibt es keinen Überblick, wer was zahlt. Länder und Gemeinden dürfen alles fördern, während es in der Hoheitsverwaltung eine strikte Aufgabenteilung gibt. So ist ein Wildwuchs entstanden. Ich bin überzeugt, dass man auch hier sparen kann – auch wenn immer jemand sagen wird: „Es ist eine Katastrophe, dass hier gekürzt wird.“ Die Länder sind bei ihren Ausgaben für die Privatwirtschaft weitgehend frei und können auch deshalb so leicht Geld ausgeben, weil sie es vom Bund bekommen und selbst keine Abgabenhöhe haben. Deshalb plädieren viele Ökonomen für mehr Abgabenhöhe für die Länder.

STANDARD: Zurück zu den drei Milliarden, die Österreich möglicherweise einsparen muss. Könnte man das so machen, dass das niemand spürt?

Badelt: Ich bezweifle, dass man so viel einsparen kann, indem man die Ressortbudgets durchforstet und verringert – und sich dabei alle einig sind. Ein Sparpaket von drei Milliarden Euro spürt man schon.

STANDARD: Wenn Sie die Wirtschaftsprogramme aus dem Wahlkampf heranziehen: Welche Koalition wäre die ökonomisch klügste?

Badelt: Nimmt man die Wahlprogramme her, dürfte man gar keine Partei mit der Regierungsbildung beauftragen. Denn da haben alle wie in einer Parallelwelt irgendwelche Traumversprechen zu Entlastungen und neuen Ausgaben im großen Stil gegeben, fern jeder Realität. Ich als Fiskalratschef würde folgenden Pflöck einschlagen: keine neuen Ausgaben und keine Einnahmensenkung ohne konkrete Gegenfinanzierung. Das wäre ein sehr wichtiges Prinzip, mit Ausnahme von Krisenzeiten.

CHRISTOPH BADELDT (73) ist seit 2021 Präsident des Fiskalrats. Der Wirtschaftswissenschaftler war 2002 bis 2015 Rektor der WU Wien und leitete das Wifo.

„Die nächste Regierung darf nichts machen, was den allgemeinen Konsum weiter drosselt.“